



# Tätigkeitsbericht 2013

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. Köln/Bern

## Kein rechtsfreier Raum mehr

### Indigene Völker und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

**Seit Jahrzehnten gibt es im Kontext der Vereinten Nationen Bemühungen, die menschenrechtliche Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Unternehmen international zu regeln. Ein wichtiges Ergebnis dieses Prozesses sind die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs), die 2013 einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt für INFOE bildeten.**

Die UNGPs wurden unter Leitung des US-amerikanischen Rechtsprofessors John Ruggie zwischen 2006 und 2010 erarbeitet und 2011 vom UN-Menschenrechtsrat angenommen. Sie stellen selbst keine neuen völkerrechtlichen Normen und Verpflichtungen auf, sondern interpretieren die bestehenden Menschenrechtsnormen mit Hinblick auf den Schutz von Menschenrechten im Wirtschaftskontext. Nach dem klassischen Völkerrecht sind allein Staaten Träger menschenrechtlicher Pflichten, da sie allein die Vertragsparteien der internationalen Menschenrechtsabkommen sind. Sie bleiben somit die notwendigen Garanten des Schutzes und der Verwirklichung von Menschenrechten. Allerdings üben Wirtschaftsunternehmen weltweit faktisch erheblichen Einfluss aus, der nicht selten zu schweren Menschenrechtsverletzungen auch und gerade an indigenen Völkern führt.

### Schutz - Respekt - Zugang zu Rechtsmitteln

Die UN-Leitprinzipien wollen diesem Umstand Rechnung tragen, indem sie neben den bekannten menschenrechtlichen Staatenpflichten menschenrechtliche Verantwortlichkeiten von Wirtschaftsunternehmen formulieren. Diese werden jedoch nicht als völkerrechtlich verbindlich verstanden, weshalb

den Staaten als Garanten der Menschenrechte immer noch erhebliche Verantwortung zukommt. Die Leitprinzipien definieren drei „Säulen“. Die erste Säule umfasst die Staatenpflicht zum Schutz der Menschen-



Pavel Sulyandziga, Mitglied der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte

rechte, die zweite die Verantwortung der Unternehmen zur Respektierung der Menschenrechte und die dritte die Verantwortlichkeit zur Bereitstellung von Rechtsmitteln für Schutz und Abhilfe bei Menschenrechtsverletzungen.

### Die UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte

Mit der Verabschiedung der Leitprinzipien setzte der UN-Menschenrechtsrat auch eine nach

regionalem Proporz zusammengesetzte fünfköpfige Arbeitsgruppe ein, die gleichzeitig die verschiedenen Interessengruppen darstellen soll. Für Europa wurde der russische indigene Aktivist Pavel Sulyandziga in die Arbeitsgruppe entsandt. Das Mandat der Arbeitsgruppe wurde zunächst auf drei Jahre festgelegt. Über eine mögliche Verlängerung oder Neuausrichtung wird im Sommer 2014 entschieden.

### INFOE-Mitwirkung an UN-Berichtsprozess

Im Dezember 2012 beim ersten Forum für Wirtschaft und Menschenrechte entschied die UN-Arbeitsgruppe, das Thema Indigene Völker zum Arbeitsschwerpunkt für 2013 zu wählen und einen thematischen Bericht an die UN-Generalversammlung zu diesem Thema zu erarbeiten. Mit der Erstellung wurde Pavel Sulyandziga beauftragt, der sich daraufhin an INFOE mit der Bitte um Unterstützung wandte. INFOE und IWGIA (International Work Group for Indigenous Affairs) haben daraufhin einen globalen Konsultationsprozess mit indigenen Völkern organisiert, für den finanzielle Unterstützung des norwegischen Außenministeriums, der GiZ und Misereors gewonnen werden konnte. In Kuala-Lumpur, New York, Norwegen, Lateinamerika und Russland haben wir Dialogtreffen und Konsultationen mit indigenen VertreterInnen durchgeführt und so einen Berichtsentwurf für die UN-Arbeitsgruppe erstellt, der die Grundlage des offiziellen Berichts war, den Pavel Sulyandziga am 28. Oktober in New York der UN-Generalversammlung präsentierte. Die Endfassung des Berichts ist in einigen Punkten deutlich abgeschwächt

*Fortsetzung auf letzter Seite*

# Waldschutz und Indigene

## INFOE untersucht Auswirkungen von Wald- und Klimaschutzvorhaben auf Rechte indigener Völker

Im Rahmen des seit Anfang 2012 laufenden **entwicklungspolitischen Bildungsprojekts zur Frage der Berücksichtigung der Rechte indigener Völker in Waldklimaschutzvorhaben** wurde Anfang 2013 die Erarbeitung von drei Teilberichten abgeschlossen. Nach einer Kommentierungs- und Überarbeitungsphase münden diese Teilberichte sowie die Zusammenfassungen von sieben Fallstudien in eine **Gesamtpublikation, die Anfang 2014 veröffentlicht wurde.**

Die Recherchen zu Waldschutzmaßnahmen, insbesondere die Analyse von Wald-Klimaschutz-Vorhaben mit deutscher Finanzierung in Bezug auf die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer Rechte gestaltete sich sowohl komplex als auch erkenntnisreich. Über 50 Projekte wurden im Rahmen des Bildungsprojekts untersucht und ausgewertet. Acht der Projekte wurden zudem für detaillierte Fallstudien ausgewählt, die ebenfalls auf der Internetseite des Projekts veröffentlicht werden.

Die Arbeitsgruppe „Waldschutz und indigene Völker“ traf sich in 2013 einmal in Berlin. Sie stellt ein

offenes Forum zum Austausch über grundsätzliche und aktuelle Fragen zu indigenen Rechten in Waldklimaschutzvorhaben dar. Die Arbeitsgruppe wird auch in 2014 weitergeführt. Mit Unterstützung einiger AG-Mitglieder und anlässlich der Anwesenheit indigener VertreterInnen, die sich für offizielle UN-Klimaverhandlungen in Deutschland befanden, wurde am 4. Juni 2013 ein Dialog-Workshop mit VertreterInnen indigener Völker und dem Unternehmen Forest Finance organisiert. Der Workshop diente einer ersten Annäherung und dem Austausch von (unterschiedlichen) Perspektiven und Ansätzen im Bereich des Waldklimaschutzes.

## Akademie-Tagung

Vom 8. bis 10. November 2013 fand in der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte die von INFOE in Kooperation mit dem Klima-Bündnis organisierte Tagung zur Frage "Rohstoffausbeute und indigene Rechte in der Transformation: Zahlen indigene Völker den Preis für den notwendigen Wandel?" statt. An der Tagung nahmen indigene und internationale VertreterInnen von den Philippinen und aus Kamerun teil und berichteten über menschenrechtliche Probleme im Zusammenhang mit Bergbau in ihren Ländern und Regionen. Die intensiven Diskussionen wurden durch Beiträge von VertreterInnen des BMZ, von RWE sowie aus Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft bereichert. Das Ziel der Tagung war, neben dem Informationsaustausch, insbesondere die Erarbeitung konkreter Strategien und Vernetzungsmöglichkeiten für die weitere Arbeit zum Thema. Die Tagung wurde gefördert durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor und die Bundeszentrale für politische Bildung.



Panel 2 von links: Theodor Rathgeber, Minnie Degawan, Heidi Feldt, Martin Ondrejka (BMZ). Foto © Kerstin Gralher

# Projekt „Indigene Stimmen und Visionen“

Mit einer Konzertlesung, einer Theateraufführung und traditionellen Geschichten brachte das Projekt „Indigene Stimmen und Visionen“, das INFOE 2013 mit finanzieller Rahmenunterstützung durch Engagement Global, Klimabündnis, Katholischer Fonds und Brot für die Welt (EED) durchführte, indigene Lebensvorstellungen und Kulturen einem breiten Publikum näher und trug zu ihrem Verständnis und ihrer Wertschätzung bei.

Das „Konzert für Amazonien“ von und mit Grupo Sal und Abadio Green von den Tule aus Kolumbien fand am 22.4.2013 in der Harmonie in Bonn statt. Es schuf eine ganz besondere Stimmung, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurde. „Infotainment zum Regenwald – Nachdenken inklusive“ titelte die Bonner Rundschau am

dit, terre des hommes, OroVerde, ASTA der Uni Bonn, Weltladen, TaxiMunDJal MusiX sowie den tatkräftigen ehrenamtlichen UnterstützerInnen von INFOE für den rundum gelungenen Abend.

## „Te voy a contar“

Begeisterte Reaktionen löste auch das zweite Veranstaltungselement, die Aufführung des Stücks „Te voy a contar“ durch Ana und Débora Correa von Yuyachkani am 13.06.2013 im Rautenstrauch-Joest-Museum aus. Yuyachkani ist eine in Peru, aber auch weltweit sehr bekannte Gruppe, die mit „Te voy a contar“ traditionelle Mythen und Geschichten aus den Anden und Amazonien zu Gehör bringt - zwei Regionen, in denen indigene Völker durch Rohstoffhunger, Klimawandel und die Abnahme der biologischen Vielfalt bedroht sind.

tere Veranstaltungen mit INFOE vorgesehen haben.

Als letzter Projektbestandteil fand im Juli eine Reihe von Veranstaltungen mit Erzählungen traditioneller Geschichten statt. Mit diesen brachten Wayqui aus Peru und June Rubis von den Dayak aus Sarawak das Thema indigene Völker, ihre Bedeutung und ihre Bedrohung insbesondere Kindern und SchülerInnen verschiedenster Altersklassen an verschiedenen Bildungsinstitutionen in Bergisch Gladbach näher. Alle Teilnehmenden, einschließlich der KünstlerInnen, waren sehr beeindruckt von der Wirkung der Geschichten, den Gesprächen und Diskussionen mit Kindern und Jugendlichen aus den verschiedensten Kulturkreisen. Am 12.7. setzte der gelungene Erzähl-Abend im Migrapolis in Bonn unter dem Titel „Der Fluss der Worte“ - dieses Mal vor einem überwiegend „erwachsenen“ Publikum - einen sehr schönen Schlussstrich unter das Projekt, das unsere Hoffnung, Verständnis für die Bedeutung und die Andersartigkeit der Kulturen zu wecken, erfüllte, viele positive Resonanzen gebracht hat und deshalb 2014 fortgesetzt wird.



Konzert für Amazonien. Bild: 22.4.2013 in Bonn. Foto: Philip Gondecki

25.4.13 und der Bonner General-Anzeiger (24.4.13) schrieb: „Das Konzept einer Konzert-Collage bestehend aus leidenschaftlicher Musik, einem informativen Interview und Live-Malerei via Lichtprojektor, passend zu den jeweils auf der Bühne angesprochenen Themen, funktionierte vorzüglich.“ Wir danken Abadio Green, Grupo Sal mit Mehrdad Zaeri und Thomas Brose; den Kooperationspartnern Oikocre-

Unter <http://tiny.cc/kfa2013> ist der Abschluss der Veranstaltung auch als Video dokumentiert. Auch hier sind wir den beiden KünstlerInnen, dem Netzwerk Eine Welt - Stadt Köln und natürlich den ehrenamtlichen HelferInnen zu großem Dank verpflichtet. Wir freuen uns sehr, dass das Rautenstrauch-Joest-Museum und die VHS Köln in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Eine Welt – Stadt Köln bereits zwei wei-

## „Bridging the Gaps“ - Technische Unterstützung für indigene Delegationen bei internationalen Verhandlungen

Seit vielen Jahren hat INFOE bereits indigenen Delegationen und Delegierten technische und logistische Unterstützung bei internationalen Verhandlungen wie der Vertragsstaatenkonferenz zu Biodiversität (COP 8) in Bonn gegeben, auf die z. B. die philippinische Tebtebba Foundation 2013 im Rahmen der Klimaverhandlungen im ersten Halbjahr in Bonn zurückgriff. Im Mai 2013 trat der Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, in Bonn an uns mit der

Bitte um eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit heran. Vor diesem Hintergrund nahmen die beiden Vorstandsmitglieder Elke Rothkopf und Bärbel Henneberger an einem Workshop zu REDD+ Indígena Amazónico im Juni in Quito teil, wo sie für die Teilnehmenden dolmetschten und schließlich eine Vereinbarung mit der COICA unterzeichneten, welche technische Unterstützung für die Delegationen der COICA bei den Klimaverhandlungen 2013-2015 in Warschau, Lima und Paris (COP 19, 20 und 21) sowie bei der Vorstellung des Programms REDD+ Indígena Amazónico (RIA) vorsieht. Bei RIA handelt es sich um einen indigenen Vorschlag zum Waldschutz in Amazonien, der die Bedeutung der traditionellen indigenen Gemeinschaften für den Erhalt des Waldes - ihre traditionellen Lebensformen - in den Vordergrund stellt und so den Schutz der indigenen Territorien und die Förderung der Leistungen dieser Gesellschaften auf der Basis der von ihnen erstellten Lebenspläne (planes de vida plena) vorsieht, während andererseits

Maßgaben für die internationale Politik zur Eindämmung der eigentlichen Treiber der Entwaldung formuliert werden.

Die beiden Vorstandsmitglieder nutzten den Aufenthalt in Ecuador auch zur Kontaktaufnahme mit weiteren indigenen Organisationen vor Ort und konnten an einem Treffen der Frauen der indigenen Organisationen Amazoniens teilnehmen.

Von Anfang Juli bis Ende August konnten wir dank der finanziellen Unterstützung durch das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) ein erstes CrossCulture Praktikum mit June Rubis von den Dayak (Sarawak, Malaysia) durchführen, in dem Ju-

ne unter anderem bei der Serie der Geschichtenerzählungen im Rahmen des Projekts „Indigene Stimmen und Visionen“ sehr erfolgreich mitwirkte und zu Fragen von Staudammgroßprojekten arbeitete. Der Austausch im Rahmen des Cross-Culture Praktikums stellte für beide Seiten eine große Bereicherung dar, so dass wir hoffen, auch künftig indigenen StudentInnen und AktivistInnen eine solche Möglichkeit bieten zu können.

Im November 2013 unterstützte INFOE wie in Quito vereinbart die COICA technisch und logistisch im Rahmen der ersten Woche der Klimaverhandlungen in Warschau (COP 19), sodass wichtige Erfahrungen für die



Side event der COICA bei der COP19 in Warschau.  
Foto: Elke Falley-Rothkopf

beiden folgenden COPs in Lima und Paris gewonnen werden konnten. Während die COP in Lima für die südamerikanischen indigenen Organisationen eine besondere Gelegenheit darstellen wird, auf ihre Situation und Probleme aufmerksam zu machen, wird in Paris die Nachfolge des Kyoto-Protokolls ausgehandelt werden, sodass auch diese COP von großem Interesse für die verschiedenen indigenen Organisationen ist. Als erste Vorbereitung der Unterstützung indigener Organisationen bei der COP 21 fuhr Elke Falley-Rothkopf aus dem Vorstand im Oktober 2013 zu ersten Sondierungsgesprächen nach Paris.

## Weitere Veranstaltungen

INFOE nahm an zahlreichen weiteren Veranstaltungen teil, darunter am 24.5.2013 an der Panel-Diskussion des Workshops „Quién habla por quién?“ zur Frage der Repräsentativität und Legalität indigener Organisationen und Repräsentanten auf dem Kongress „Las Américas – The Americas – Die Amerikas“ an der Universität Bonn. Zu der nachfolgenden Veröffentlichung zum Workshop steuerte INFOE ebenfalls einen Beitrag bei. (<http://tiny.cc/quienhabla>)

Am Folgetag nahm INFOE mit einem Stand am Deutschen Entwicklungstag am 25.5.2013 in Bonn teil, der viel Aufmerksamkeit erhielt. Außerdem war INFOE erneut vom Rautenstrauch-Joest-Museum dazu eingeladen, auf dem Thementag Lateinamerika am 24.11.2013 einen Stand zu betreiben und einen Vortrag zu einem aktuellen indigenen Thema zu halten. Sowohl der Stand als auch der Vortrag zum indigenen Waldschutzkonzept REDD+ Indígena

Amazónico erreichten ein breites

Publikum.

In Zusammenarbeit mit der Infostelle Peru organisierte INFOE einen Vortrag von Rómulo Torres Seoane von FSP-Latindadd, Peru, zur aktuellen Amazonienpolitik der peruanischen Regierung, die Staudammgroßprojekte und ihre Auswirkungen sowie das Mega-Infrastrukturprojekt IIRSA. Aufgrund der positiven Rückmeldungen anderer ebenfalls zu diesem Bereich arbeitenden Organisationen wurde überlegt, eventuell einen regelmäßigen Treff zu indigenen Themen in der Region zusammen mit diesen Organisationen einzurichten.

# Aktivitäten und Projekte zum Yasuní, Ecuador

Die Yasuní-ITT-Initiative geht auf einen Vorschlag der Regierung Ecuadors zurück, die Erdölvorkommen der Ölquellen Ishpingo, Tambococha und Tiputini im Regenwald unangetastet zu lassen, wenn die internationale Gemeinschaft im Gegenzug einen Betrag bereitstellt, der der Hälfte des entgangenen Gewinns entspricht. Als Mitglied im Yasuní-Bündnis Deutschland, einem Zusammenschluss von 28 Organisationen und Initiativen und vieler Einzelpersonen (siehe [www.saveYasuni.eu](http://www.saveYasuni.eu)) hat INFOE an mehreren Aktivitäten und Projekten zur Unterstützung indigener Organisationen und Basisgemeinschaften mitgewirkt und sich zum Schutz der tropischen Regenwälder und der indigenen Lebensräume vor der weiteren Ausdehnung der Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark und ecuadorianischen Amazonastiefland eingesetzt.

Anfang des Jahres 2013 wurde in Zusammenarbeit mit dem BUND Hannover und finanzieller Unterstützung der Niedersächsischen BINGO Umweltstiftung ein Kalender der Waorani-Frauen realisiert, um den Verband der Waorani-Frauen des ecuadorianischen Amazonastieflands (AMWAE, <http://waoraniswomen.org>) zu unterstützen. Der Kalender wurde sowohl in Ecuador in einer zweisprachigen Version auf Spanisch und Wao tededo, der Sprache der Waorani, als auch in einer deutschen Übersetzung veröffentlicht. Mit Fotos und Texten vermittelt der Kalender Einblicke in die biologische und kulturelle Vielfalt des Yasuní sowie in die Geschichte, Kultur und Lebenswelt der Waorani. Er beleuchtet ihren politischen

Organisationsprozess, die Gründung der AMWAE und die Projektarbeit der Waorani-Frauen in Form von Bildungs- und Stipendienprogrammen, die Bedeutung von Kunsthandwerk und ethnischer Kunst als Ausdruck kultureller Identität und wirtschaftliche Einkommensquelle, die Organisation von Fortbildungskursen, das Management von Forstbaumschulen zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen des tropischen

staatliche Mitfinanzierung dieses innovativen Projekts zum Schutz des Klimas, der Umwelt und indigener Rechte durch Deutschland zu fördern. Nachdem der ecuadorianische Präsident Rafael Correa die Yasuní-ITT-Initiative am 15. August 2013 für gescheitert erklärte und die weitere Ausdehnung der Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark ankündigte, engagierte sich INFOE im Yasuní-Bündnis Deutschland, um den zivilgesell-



*Kichwa-Mädchen auf dem Río Indillama im Yasuni Nationalpark, Photo: Philip Gondecki*

Regenwaldes, die Bedeutung von selbstorganisiertem Tourismus sowie die Perspektiven und Herausforderungen der AMWAE und Waorani auf ihrem Weg in die Zukunft. Über den Kalender konnte INFOE die Waorani-Frauen der AMWAE in ihrer politischen Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, indem ihre Position zur Yasuní-ITT-Initiative und Ölförderung in Amazonien dargestellt und ihre Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit nahegebracht wurden. Im März 2013 war INFOE aktiv an der Ausarbeitung eines Positionspapiers des Bündnisses für die Yasuní-ITT-Initiative in Deutschland beteiligt, mit dem Ziel, die bundesweite zivilgesellschaftliche Unterstützung für die Initiative zum Schutz des Yasuní zu stärken und die offizielle Unterstützung und

schaftlichen Protest gegen das Scheitern und die Aufgabe der Yasuní-ITT-Initiative zu unterstützen. Unter anderem beteiligte sich INFOE an der Ausarbeitung und Veröffentlichung einer offiziellen Stellungnahme des Yasuní-Bündnisses Deutschland und solidarisierte sich zudem mit der zivilgesellschaftlichen Bewegung der Yasunidos in Ecuador, um den Protest und Widerstand gegen die weitere Ausdehnung der Erdölförderung im Yasuní sowie im zentralen und südlichen Amazonastiefland Ecuadors zu stärken.

# Indigene Völker Russlands

## Zwischen Aufbruch und autoritärer Restauration

2013 hat sich INFOE intensiv für die Menschenrechte indigener Völker in der Russischen Föderation eingesetzt, vor allem durch die Nutzung internationaler Menschenrechtsinstrumente, mit Unterstützung durch IWGIA. So wurde im Januar ein Parallelbericht an den UN-Antidiskriminierungsausschuss (CERD) fertiggestellt. Am 11. Februar stellten INFOE und RAIPON, der Dachverband der indigenen Völker Russlands, gemeinsam den Parallelbericht bei der Sitzung des Ausschusses in Genf vor. Die Beratung stand im Schatten der autoritären Restauration unter der erneuten Präsidentschaft von Vladimir Putin.

### Maulkorb für indigenen Dachverband

Bereits im Oktober 2012 hatte das russische Justizministerium ein halbjähriges Betätigungsverbot gegen RAIPON verhängt, das mit nicht gesetzeskonformen Formulierungen

in der Satzung begründet worden war – obwohl diese unverändert seit vielen Jahren in Kraft gewesen war. Gleichzeitig trat die Änderung des Gesetzes über nicht-kommerzielle Organisationen in Kraft, nach dem Organisationen, die „politische“ Tätigkeiten ausüben und ausländische Finanzierung erhalten, sich als „Organisationen, die die Funktion ausländischer Agenten ausüben“ registrieren müssen. Das Gesetz verbietet die Annahme ausländischer Fördergelder nicht, aber sie wird durch zusätzliche bürokratische Vorschriften stark erschwert. Schwerer wiegt möglicherweise jedoch die Stigmatisierung, die mit dem Begriff „Ausländischer Agent“ verbunden ist.

### Die Nephrit-Kriege am Baikal

Auch in der russischen Provinz gab es beunruhigende Entwicklungen. In der Republik Burjatien, gelegen zwischen Baikalsee und

Mongolei, sah sich die ewenkische Kooperative ‚Dylatscha‘ (ewenkisch für ‚Sonne‘) schweren Angriffen durch die Behörden ausgesetzt. ‚Dylatscha‘ ist eine ‚obschtschina‘ - eine von vielen indigenen Kooperativen, die in entfernten ländlichen Regionen das ökonomische Rückgrat der indigenen Gemeinschaften darstellen. ‚Dylatscha‘ war eine der ältesten und die ökonomisch erfolgreichste obschtschina Russlands. Sie betrieb u. a. Rentierzucht, Fischfang und Jagd. Daneben baute sie Nephrit ab. Nephrit ist ein Halbedelstein, eine Art Jade, der v. a. für Schmuck verwendet und überwiegend nach China exportiert wird. Mit den Einnahmen nahm ‚Dylatscha‘ sehr wichtige soziale Aufgaben gegenüber den ca. 1500 Ewenken Burjatiens wahr. Die Kooperative war einer ständigen Nadelstichpolitik durch die regionale Regierung ausgesetzt, nicht zuletzt, weil konkurrierende Unternehmer gerne die Schürf- und Jagdrechte der Kooperative übernehmen wollten. Ende 2012 wurden ihre Büros und das Gelände von Spezialtruppen des



"Tag des Rentierzüchters" in Salechard, Westsibirien, 30. März 2013. Foto: Johannes Rohr

Innenministeriums regelrecht überfallen. Einige Mitarbeiter wurden verschleppt und monatelang an einem unbekanntem Ort festgehalten. Alle Nephrit-Vorräte wurden konfisziert und in die Lager eines konkurrierenden Unternehmers verbracht, der nach Berichten eng mit der Regionalregierung verbunden ist. Man versuchte, der Kooperative Verstöße gegen die Bedingungen der Konzession nachzuweisen. Als es misslang, sollte der Umstand, dass die Kooperative auch nicht-traditionellen Tätigkeiten nachgeht, genügen, um gerichtlich ihre Schließung durchzusetzen – ein glasklarer Fall ökonomischer Diskriminierung: Obwohl die russische Gesetzgebung nichts dergleichen vorschreibt, wurde gerichtlich festgestellt, dass Indigene ausschließlich fischen und jagen dürfen.

Auch diese Vorgänge brachte INFOE gemeinsam dem UN-Antidiskriminierungsausschuss zur Kenntnis. Leider konnte damit die Schließung ‚Dylatschas‘ nicht verhindert werden. Jedoch gehen die Bemühungen weiter, u. a. mit Hilfe des UN-Sonderberichterstatters für die Rechte indigener Völker.

### **Inszenierter Machtwechsel**

Wie schwierig die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die indigenen Völker in Russland sind, zeigte auch der Verlauf des 7. Kongresses der indigenen Völker Russlands, der am 28.-30. März im westsibirischen Salechard stattfand. Nach vier Amtszeiten trat der bisherige Präsident des nationalen Dachverbands RAIPON, Sergej Charjutschi, nicht mehr zur Wiederwahl an. Klarer Favorit für seine Nachfolge war der aus der Pazifikregion stammende Pavel Sulyandziga, der seit einem Vierteljahrhundert einer der führenden Aktivisten der indigenen Völker Russlands ist. (Siehe auch den Bericht auf Seite 1)

Pavel ist ein langjähriger Freund von INFOE. Er war Mitglied im UN-Forum für indigene Angelegenheiten und ist Vertreter RAIPONs in der Gesellschaftlichen



*Ausländische Beobachter beim Kongress der indigenen Völker*

Kammer, einer Art NGO-Parlament Russlands. Er ist bekannt als unabhängiger und entschlossener Kämpfer und war offenbar deshalb den Behörden ein Dorn im Auge. Daher übte die russische Regierung hinter den Kulissen Druck aus, um die Wahl des in der Bewegung weitgehend unbekanntem Jamal-Nenzen Grigorij Ledkov durchzusetzen. Ledkov ist Abgeordneter der Staatsduma für die Putin-Partei ‚Einiges Russland‘ und war bis dahin innerhalb RAIPONs nicht in Erscheinung getreten. Nach Augenzeugenberichten wurden schon im Vorfeld des Kongresses regionale Delegationsleiter massiv unter Druck gesetzt, um Sulyandzigas Wahl zu verhindern. Dennoch erhielt er in den ersten zwei Wahlgängen deutliche absolute Mehrheiten und wurde bereits als Sieger gefeiert. Doch die russische Regierung hatte vorgesorgt und eine Satzungsänderung erzwungen, nach welcher der Präsident eine Zweidrittelmehrheit benötigt, die nicht erreicht wurde. Schließlich zog Sulyandziga zur allgemeinen Bestürzung die Kandidatur zurück, nach glaubwürdigen Quellen deshalb, weil es hinter den Kulissen massive Drohungen der Regierung gab. Nachdem ein Teil der Delegierten unter Protest den Saal verlassen hatte und Beobachter (darunter auch INFOE) den Saal verlassen mussten, wurde in einem chaotischen dritten Wahlgang Pu-

tin-Parteigänger Ledkov zum neuen Präsidenten RAIPONs „gewählt“. Seither hat er das gesamte Team der Organisation entlassen und damit praktisch die gesamte bisherige Arbeit gestoppt. Schließlich hat er auch indigene Aktivisten selbst in Gefahr gebracht, indem er nach der im Juni im norwegischen Alta abgehaltenen indigenen Vorbereitungskonferenz zur für 2014 geplanten UN-Weltkonferenz über indigene Völker erklärte, einige indigene Vertreter aus Russland hätten dort separatistische Äußerungen gemacht. Leider ist RAIPON damit als Kooperationspartner für INFOE de facto ausgefallen. Daher musste INFOE bei der Vorstellung von Parallelberichten zur Lage der indigenen Völker Russlands beim UN-Kinderrechteausschuss sowie bei der Universal Periodic Review des UN-Menschenrechtsrats einspringen und dort die Anliegen der indigenen Völker Russlands vertreten.

Die bisherige Arbeit RAIPONs wird vom Center for the Support of Indigenous Peoples of the North ([www.csipn.ru](http://www.csipn.ru)) weitergeführt, mit dem wir seither eng zusammenarbeiten. Insgesamt stand das Jahr 2013 somit im Zeichen der Schadensbegrenzung und des Wiederaufbaus. Dabei hat die langjährige Partnerschaft mit indigenen Völkern Russlands sich auch in schweren Zeiten als tragfähig erwiesen und uns erlaubt, neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

# GegenStrömung

Seit 2008 ist INFOE Rechtsträger von GegenStrömung, einer Initiative, die sich mit Staudämmen auseinandersetzt, gleichzeitig gemeinsam mit urgewald die Kampagne zur Reform der Hermesbürgschaften weiterführt und sich für die Respektierung von Menschenrechten und Umweltschutz durch deutsche Akteure bei ihren Auslandsaktivitäten einsetzt.

## Staudämme

INFOE verfolgt über die Initiative GegenStrömung weiter die Entwicklungen um den Bau des Ilisu-Staudamms in der Südosttürkei mit. Hier gab es im Januar 2013 ein sehr erfreuliches Gerichtsurteil, das den Bau der den Staudamm begleitenden Infrastruktur für unrechtmäßig erklärte, da die Vorschriften bzgl. Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht eingehalten worden waren. Damit ist dem Projekt endgültig die Legitimität entzogen. Wie bereits bei anderen umstrittenen Staudämmen in der Türkei führte das Urteil jedoch nicht zum Baustopp, sondern die Arbeiten gehen unvermindert weiter.

Im Sommer 2014 sollen die BewohnerInnen der antiken Stadt Hasankeyf, die in den Fluten untergehen wird, in den am anderen Flussufer neu gebauten Ort umziehen. Für die Häuser und Wohnungen müssen sie allerdings Summen bezahlen, die für viele unerschwinglich sind, was zu großem Unmut unter den Betroffenen führt. Am 21.5.2013 protestierten internationale VertreterInnen aus Südamerika, Afrika, Europa, USA und dem Mittleren Osten auf der Ilisu-Baustelle und blockierten zwischenzeitlich die Zufahrt. Mit dabei war ein Sprecher der Kayapó vom Xingu in Brasilien. Sie hielten Banner in Englisch und Türkisch mit "Rivers Unite – Dams Divide: Stop Ilisu and Belo Monte Dams" hoch. Sie hatten zuvor an einer interna-

tionalen Staudammkonferenz in Istanbul teilgenommen (weitere Informationen: [www.stopilisu.com](http://www.stopilisu.com), [www.damocracy.org](http://www.damocracy.org)). Auch der Widerstand im Irak gegen das Ilisu-Projekt wird stärker. In der 2012 gegründeten Save the Tigris Cam-



Proteste bei Siemens' Aktionärsversammlung am 23.1.2013 Foto: Pro Regenwald

paign haben sich Organisationen aus Iran, Irak und der Türkei sowie Unterstützerorganisationen aus Italien, UK, USA und als deutsche Initiative GegenStrömung zusammengeschlossen (<http://www.iraqicivilsociety.org/campaigns/save-the-tigris-and-iraqi-marshes-campaign>). Mit Hilfe von Protestaktionen, Medienarbeit und Fachsymposien versuchen sie u. a., die irakische Regierung zu überzeugen, Schritte gegen den Ilisu-Staudamm zu unternehmen.

Auf Hochtouren lief unterdessen die deutsche Belo Monte-Kampagne, die von GegenStrömung koordiniert wird. Auch der Belo Monte-Staudamm in Brasilien wird von Regierung und Projektbetreibern gegen breiten Widerstand

durchgesetzt, obwohl es nicht in Einklang mit Gesetzen steht. Aber auch deutsche Unternehmen sind über Zulieferungen und Versicherungen an dem Projekt beteiligt. Unter dem Motto „Wem gehört Belo Monte“ analysierte Christian Russau für GegenStrömung, welche Anteile europäische Unternehmen jeweils halten (<http://www.gegenstroemung.org/drupal/sites/default/files/Wem-gehört-Belo-Monte-gegenstroemung-August-2013.pdf>).

Das Netzwerk lenkte durch etliche Veranstaltungen die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt. U. a. waren wir bei den Aktionärsversammlungen von Siemens (die über ihr Joint Venture Voith Hydro Turbinen für das Projekt liefern), Allianz und Munich Re präsent, wo in Kooperation mit dem Dachverband der kritischen Aktionärinnen

und Aktionäre jeweils Anträge gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat eingebracht wurden. Ein weiteres Highlight war eine Besuchsreise von Vertreterinnen des Movimento Xingu Vivo Para Sempre sowie der Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Pará. Diese hat zahlreiche Klagen gegen das Projekt eingereicht, da es die brasilianischen Gesetze und Verfassung bricht und die in den Genehmigungen enthaltenen Auflagen nicht umgesetzt werden. Die Gäste sprachen außer bei den Aktionärsversammlungen auch bei Pressekonferenzen und Veranstaltungen im Europäischen Parlament, Berlin, München und Wien.

Am Mittwoch, dem 14.08.2013 fand eine Abendveranstaltung von INFOE, GegenStrömung, FDCL,



urgewald and KoBra in Berlin unter dem Titel "Mega-Dams in Malaysia, Honduras, Turkey and Brazil" statt, an der auch June Rubis aus Malaysia, die in dem Zeitraum ein Praktikum bei INFOE absolvierte, teilnahm. Neben Heike Drillisch und Christian Russau, die für GegenStrömung über den Ilisu- und den Belo Monte-Staudamm sprachen, klärte Jutta Blume von der Hondurasdelegation darüber auf, dass Voith Hydro auch am Agua Zarca-Staudamm in Honduras beteiligt ist, durch den Dörfer der indigenen Lenca den Zugang zu Wasser und Land verlieren. Die Betreiber terrorisieren die einheimischen GegnerInnen mit Unterstützung des Militärs und der Polizei, die sogar schon einen lokalen Anführer umgebracht haben.

Am 14.11.2013 organisierten die Grünen im Europäischen Parlament eine Konferenz über „Belo Monte Mega Dam – The Amazon Up for Grabs“. Die Konferenz verursachte einigen Wirbel bis hin zur brasilianischen Präsidentin Rousseff, die VertreterInnen nach Brüssel entsandte, um den ProjektkritikerInnen vom Xingu und aus Europa entgegenzutreten. GegenStrömung beteiligte sich mit einem Beitrag über die Verantwortung der europäischen Unternehmen, die sich nicht hinter den Projektbetreibern verstecken dürfen, sondern auch eigene Menschenrechtsrisikoanalysen durchführen müssen und dann, wenn sie negative Auswirkungen nicht beheben können, aus Projekten notfalls aussteigen müssen.

Darüber hinaus organisierte GegenStrömung mehrere Netzwerktreffen und präsentierte, ebenso wie weitere Mitglieder des Netzwerks, den Fall bei zahlreichen Veranstaltungen, u. a. bei Vorführungen des Films Count Down am Xingu III des Filmemachers Martin Keßler. Eine Broschüre sowie eine Ausstellung sind in Vorbereitung.

## Hermes-Reformkampagne

Im Sommer 2012 hatten GegenStrömung, urgewald und Amnesty International in Deutschland beim Bundeswirtschaftsministerium die

Herausgabe der umwelt- und menschenrechtsbezogenen Teil von Prüfberichten für Projekte beantragt, die mit Hermesbürgschaften unterstützt wurden. Das Verfahren zog sich in mehreren Schritten hin, bis der Antrag im November 2013 endgültig abgelehnt wurde. Daraufhin entschlossen wir uns, Klage gegen die Bundesregierung einzureichen, um die Herausgabe der Informationen zu erreichen. Damit beschreiten wir juristisches Neuland, denn bisher gibt es kaum Rechtsprechung dazu, wann die



*INFOE-Vorstandsmitglied Heike Drillisch vertritt die Forderungen des Belo-Monte-Netzwerks bei der Siemens-Aktionärsversammlung am 23.1.2013 Foto: Katrin Ganswindt*

Regierung sich auf den Schutz internationaler Beziehungen u. ä. berufen darf, um Informationsfreiheitsanträge abzulehnen. Wir halten es jedenfalls für inakzeptabel, dass unser Anliegen komplett abgelehnt wurde und es der Zivilgesellschaft unmöglich gemacht wird, die menschenrechtlichen Prüfverfahren nachzuvollziehen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es uns mittlerweile gelungen ist, die Forderung nach einer Reform der Hermesbürgschaften breit in der NGO-Szene zu verankern. Ein von GegenStrömung und urgewald erstelltes Forderungspa-

pier zu den Bundestagswahlen wurde von über 30 Organisationen unterzeichnet ([tiny.cc/awf2013](http://tiny.cc/awf2013)). Zudem findet sich die Forderung auch in einem Positionspapier des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung, dem INFOE 2013 beitrug, und des Forums Menschenrechte ([tiny.cc/wmr2013](http://tiny.cc/wmr2013)) und wurde bei zahlreichen Gesprächen mit ParlamentarierInnen und in den CorA-Wahlprüfsteinen mit aufgebracht. Am 11.11.2013 veranstaltete das Deutsche Institut für Menschenrechte gemeinsam mit dem OECD Berlin Centre eine Veranstaltung zum Thema „Soziale und Menschenrechtliche Standards in der Außenwirtschaftsförderung. Zur Umsetzung der 'Common Approaches' der OECD und der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“, bei der GegenStrömung u. a. mit

Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums und von EulerHermes über nötige Verbesserungen in der Menschenrechtsprüfung debattierte.

Die Arbeit zur Außenwirtschaftsförderung findet weiterhin in engem Austausch mit den europäischen und internationalen KollegInnen von ECA Watch statt. In diesem Rahmen initiierte GegenStrömung den stärkeren Zusammenschluss mit dem ESCR-Net und weiteren Akteuren, darunter Indigenen, die am UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte teilnahmen (s. o.). Durch den verstärkten Gebrauch von Twitter und den vorherigen Austausch über eine Mailingliste fanden unsere Forderungen nach verbindlicher Regulierung unternehmerischer Sorgfaltspflichten im Bereich der Menschenrechte, besserem Zugang zu Rechtsmitteln für Betroffene und einer effektiveren Umsetzung der UN-Leitprinzipien zusätzliches Gehör. Auch über das Forum hinaus soll der Austausch fortgesetzt werden.

# Aktivitäten von INFOE Schweiz

Im Jahr 2013 war Infoe CH weiterhin voll mit der geplanten „Bergbau-Studie“ beschäftigt, welche nach dem Muster der „Erdöl-Studie“ die Strategien von Transnationalen Konzernen und lokalen Bevölkerungsgruppen untersucht. Zur Zeit sind wir in der Fertigstellung der verschiedenen Fallstudien-Kapitel, die Publikation ist für 2014 geplant.

Seit dem Neustart an der Uni Bern besteht INFOE Schweiz vor allem aus einer kleinen Gruppe um Prof. Tobias Haller und ist weitgehend identisch mit der HerausgeberInnen-Gruppe der Studie. Phasenweise gab es erweiterte Arbeitsgruppensitzungen sowie (Ende 2012) einen thematischen Workshop, an welchem auch Studierende und weitere Interessierte teilgenommen haben. Das Fach-

wissen, das mit der Arbeit an der Studie erarbeitet wurde, ist bereits verschiedentlich in die laufenden Kampagnen rund um das in der Schweiz 'heiße' Thema Bergbau eingeflossen – u. a. in die „Tour de Lorraine 2013“ und die damit verbundenen Aktivitäten anlässlich des Commodity Summits in Lausanne und dem European Gold Forum in Zürich.

Es ergaben sich immer wieder Ansätze für die Zusammenarbeit mit Organisationen in der Schweiz und in den von den Fallstudien behandelten Ländern. Im Herbst haben wir eine gut besuchte Veranstaltung mit José de Echave aus Peru an der Uni Bern durchgeführt. Zwei Studentinnen waren für ihre Masterarbeit bei den Mirrar in Australien. Wir sind im regelmäßigen Kontakt mit Karmen Ramirez,

der in Bern wohnhaften Vertreterin der „Fuerza de Mujeres Wayuu“ aus Kolumbien, und haben gemeinsam mit ihr auch einen kleinen Beitrag zur Beerdigung der Kohlekraftwerk-Pläne der Repower AG geleistet. Die Fotografin Karin Scheidegger war in Chhattisgarh, Indien, wo ihr Assistent vom Sicherheitsdienst des Zementkonzerns Holcim unsanft angegangen wurde, was einiges Aufsehen erregte.

Alles in allem war das Jahr geprägt von eher stiller Hintergrund- und Recherchearbeit. In 2014 möchten wir, mit der Publikation des Buches verbunden, mehr öffentlich präsent sein und Infoe CH organisatorisch auf eine solidere Basis stellen.

*Fortsetzung von Seite 1*

gegenüber der von INFOE erarbeiteten Version, enthält aber nichtsdestrotz die wichtigsten Kernforderungen, etwa die Berücksichtigung der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker und des ILO-Übereinkommens 169 sowie die Aufforderung an Staaten und Unternehmen, das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) zu Aktivitäten, die ihre Territorien betreffen, anzuerkennen. IWGIA und INFOE arbeiten zur Zeit an einer ausführlichen Studie zu indigenen Rechten und den UN-Leitprinzipien, die beim UN-Menschenrechtsrat präsentiert werden wird.

Im Dezember 2013 fand in Genf das zweite UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte statt. Dort stellte INFOE-Mitarbeiter Johannes Rohr beim Zusammenschluss der indigenen VertreterInnen (indigenous caucus) den Bericht vor, der auch bei meh-

renen Panels thematisiert wurde. In internen Arbeitstreffen wurden Nachfolgeprojekte für 2014 und darüber hinaus verabredet.

Weltweit gab es 2013 starke Bestrebungen für ein bindendes internationales Abkommen zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen. Im Sommer stellte Ecuador dem UN-Menschenrechtsrat eine entsprechende Initiative vor, die jedoch von den westlichen Industriestaaten nicht unterstützt wurde. Unabhängig von dieser Initiative haben sich auch die in Genf versammelten Nichtregierungsorganisationen sehr deutlich für ein solches Instrument ausgesprochen. Bis zu seiner Verwirklichung kann es noch viele Jahre dauern, aber ein Anfang ist gemacht.

Der offizielle Bericht der UN-Arbeitsgruppe kann heruntergeladen werden von <http://undocs.org/A/68/279>

## infoe

**Institut für Ökologie und  
Aktions-Ethnologie e. V.**

**Deutschland:**

Melchiorstraße 3

50670 Köln

Tel. +49 (0)221 - 739 28 71

E-Mail [infoe@infoe.de](mailto:infoe@infoe.de)

[www.infoe.de](http://www.infoe.de)

Bankverbindung:

GLS-Gemeinschaftsbank

BLZ: 430 609 67

Kto: 406 827 3900

**Schweiz:**

c/o Institut für

Sozialanthropologie

**Länggasstr. 49a**

**3000 Bern 9**

E-Mail [kontakt@infoe.ch](mailto:kontakt@infoe.ch)

Website [www.infoe.ch](http://www.infoe.ch)

IBAN:

CH3209000000345974126

BIC: POFICHBEXXX